

 KRITIK AN GEHALTSREFORM

Milliarden für Beamte: Jetzt warnen Ökonomen – „Staatsausgaben sind außer Kontrolle“

Die Bundesregierung wollte sparen – doch die neue Beamtenreform kostet Milliarden. Ökonomen und der Bund der Steuerzahler warnen vor einem Glaubwürdigkeitsverlust.



Flynn Jacobs

06.11.2025

🔄 06.11.2025, 14:40 Uhr



1,2 Milliarden Euro für Beamte – obwohl Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) genau hier sparen wollten.

Bernd von Jutrczenka/dpa

Eigentlich wollte die neue Bundesregierung sparen. Acht Prozent weniger Stellen in der Bundesverwaltung, weniger Ausgaben für Berater, weniger Beauftragte – so steht es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Doch kaum ist der Sparkurs verkündet, steht er schon wieder infrage: Die geplante Reform der Beamtenbesoldung droht die Haushaltsbilanz ins Wanken zu bringen.

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) will die Gehälter von Bundesbeamten, Richtern und Soldaten rückwirkend anheben – als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2020. Kostenpunkt: rund 1,2 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen Sparziele, die weit kleiner ausfallen. Laut Finanzministerium sollen bis 2026 etwa 2600 Planstellen in der Bundesverwaltung abgebaut werden, was jährliche

Einsparungen von rund 181 Millionen Euro bringen würde. Die Reform frisst damit ein Mehrfaches der geplanten Entlastung auf. Ökonomen sehen darin ein ernstes Glaubwürdigkeitsproblem für die Merz-Regierung – und warnen, dass der angekündigte Sparkurs kaum noch haltbar ist.



Hunderttausende Beamte bekommen bald mehr Gehalt: So viel kostet das den Staat

27.10.2025



Milliarden für Beamte: Jetzt warnt das Finanzministerium vor den Folgen

Bundesregierung 03.11.2025



Beamte sollen mehr bekommen als Arbeitslose mit Bürgergeld

Das Urteil, auf das sich Dobrindt mit seiner Reform stützt, liegt schon einige Jahre zurück. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte dem Staat 2020 attestiert, seine Beamten zwischen 2009 und 2015 zu knapp bezahlt zu haben. Die Besoldung müsse dauerhaft mindestens 15 Prozent über der Grundsicherung liegen, urteilten die Richter – besonders Familien mit mehreren Kindern seien benachteiligt worden. Während die Sozialleistungen seitdem – etwa durch das Bürgergeld – deutlich gestiegen sind, blieb die Besoldung des Bundes weitgehend unverändert.

Der Gesetzentwurf wird derzeit zwischen den Ressorts abgestimmt und soll Anfang November im Kabinett beschlossen werden. Die Reform betrifft aber nicht nur aktive Bundesbeamte, sondern auch rund 180.000 Soldaten, Richter und Pensionäre, für die ebenfalls Nachzahlungen vorgesehen sind – die Berliner Zeitung berichtete. Brisant ist der Zeitpunkt: Die Mehrausgaben werden erst 2027 kassenwirksam – also genau dann, wenn im Bundeshaushalt ein Defizit von rund 37 Milliarden Euro droht.





Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschied 2020, dass Beamte 15 Prozent mehr Einkommen bezahlt bekommen sollen als Menschen, die [Bürgergeld](#) oder andere Leistungen der Grundsicherung erhalten.

Uli Deck/dpa

Ökonom: „Staat muss mit Einschnitten bei sich selbst anfangen“

Ökonom Gunther Schnabl sieht in der Beamtenreform ein Symptom mangelnder Finanzdisziplin in der deutschen Politik. Zwar gehe Dobrindts Gesetzentwurf auf ein Gerichtsurteil zurück, das der Bund „nun lediglich umgesetzt“ habe, sagt der Direktor des Flossbach von Storch Research Institute auf Anfrage der Berliner Zeitung. Allerdings habe erst die starke Erhöhung des Bürgergelds im Januar 2024 um zwölf Prozent den Druck auf die Beamtenbesoldung erhöht. „Es wäre also besser gewesen, in Berlin vorausschauend über solide Staatsfinanzen nachzudenken.“

Die zusätzlichen Personalkosten für Beamte kämen „zu einer Unzeit“, kritisiert Schnabl. Schließlich sei der Bundeshaushalt bereits jetzt stark defizitär. „Die weiter steigenden Kosten für die Bundesbeamten sollten deshalb Anlass sein, grundsätzlich umzudenken“, so der Ökonom. Die Zahl der Beamten und Angestellten im öffentlichen Sektor, die seit 2008 um 2,8 Millionen gewachsen ist, müsse „wieder reduziert werden“. Auch die Pensionen und die Beihilfe für Beamte auf Bundes- und Landesebene gehörten auf den Prüfstand. In Zeiten einer – auch politisch verschuldeten – Wachstumsschwäche seien diese „nicht mehr finanzierbar“, sagt er.

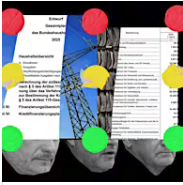
„Die Staatsausgaben sind außer Kontrolle“, betont Schnabl. Hohe Staatsschulden führten zu Inflation, die deutsche Wirtschaft leide unter Arbeitskräftemangel und stark gestiegenen Lohnstückkosten. „In dieser Zeit ist es das falsche Signal, dass der Bund die Zuwendungen für seine ohnehin gut gestellten Beamten weiter erhöht.“ Die Signale müssten in die entgegengesetzte Richtung gehen. Der Ökonom fordert daher: „Bevor der Staat den Bürgern weitere Opfer abverlangt, muss er mit Einschnitten bei sich selbst mit gutem Beispiel vorangehen.“



B+ Milliarden für Beamte: Soldaten und Pensionäre bekommen jetzt auch mehr Geld

Bundesregierung 29.10.2025





Beamten-Boom und heimliche Kosten: Das sind die Milliardengräber im Bundeshaushalt

Politik 08.01.2025



Experte fordert: „Öffentliche Verwaltung muss effizienter werden“

Auch der Bund der Steuerzahler warnt vor steigenden Personalkosten und einer zu teuren Umsetzung der Reform. Zwar gebe es keine Alternative zur Umsetzung der Rechtsprechung aus Karlsruhe, heißt es auf Anfrage der Berliner Zeitung. Entscheidend sei jedoch „eine möglichst pragmatische und ausgabenschonende Form der Umsetzung – auch mit Blick auf die Finanzlage des Bundes und des hohen Beamtenbestands.“

Mit Blick auf die angekündigten Sparziele äußert sich der Verband skeptisch. „Bisher ist in den Ministerien und der gesamten Bundesverwaltung im Saldo ein weiterer Personalaufbau zu verzeichnen“, kritisiert der Verband. Grund dafür sei, dass viele Personalbereiche in Ministerien, Behörden und Ämtern von den Einsparvorgaben ausgenommen sind. Der versprochene Sparkurs, so der Steuerzahlerbund, bleibe damit bislang vor allem eines: ein Versprechen.



144-Milliarden-Loch: Steuerzahler-Chef kritisiert neuen Haushalt scharf

Im Haushalt der Merz-Regierung klafft bis 2029 eine 144-Milliarden-Finanzierungslücke. Steuerzahler-Chef Holznagel schlägt Alarm vor neuen Schulden.

Von Liudmila Kotlyarova

Politik 25.06.2025



Etwas differenzierter sieht Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Lage. Sinnvoll sparen könne der Staat bei Beamten nur langfristig, sagt der Ökonom. Dazu brauche es vor allem Stellenabbau, ein modernes Beamtenrecht und marktgerechtere Lohnstrukturen. Auch die Verwaltung selbst müsse effizienter werden: „Sie kann sich nicht um alles kümmern.“ Zugleich verweist er auf ein grundsätzliches Dilemma bei Verwaltungsreformen in Deutschland: „Wenn man sinnvoll sparen will, muss man erst mal Geld ausgeben – für Organisationsreformen, IT und Beratung.“

Juristisch kaum vermeidbar, finanziell riskant: Die Beamtenreform zeigt, wie eng der finanzpolitische Spielraum der Bundesregierung geworden ist. Sparen und gleichzeitig mehr ausgeben – beides lässt sich auf Dauer kaum vereinbaren.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.